

Herrn
Horst Ostwald
Vorsitzender des Umwelt- und Planungsausschusses

Rathausplatz 1

24558 Henstedt-Ulzburg

Tile Abel
Beckershof 3
24558 Henstedt-Ulzburg
Tel.: 04193-2212
Fax: 04193-94700
E-Mail: Abel@Beckershof.de
www.bfb-hu.de

Henstedt-Ulzburg, den 10.11.2015

Antrag zur Prüfung und Durchführung eines Integrierten Ortsentwicklungskonzeptes

Sehr geehrter Herr Ostwald,

die BFB-Fraktion stellt zur nächsten planmäßigen Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses am 23.11.2015 folgenden Antrag:

Die BFB beantragt die Verwaltung mit der Prüfung und anschließenden Durchführung eines Integrierten Ortsentwicklungskonzeptes zu beauftragen. Dazu sind ...

- 1. zunächst die wesentlichen Verfahrensschritte, Kosten und der Zeitrahmen zu ermitteln. Danach wird nach Vorlage der Informationen zu 1) ...**
- 2. ein ISEK für HU mit externer fachlicher Beratung / Durchführung durch die zuständigen Ausschüsse beschlossen, oder nicht.**

(Gebräuchlich ist auch die Bezeichnung *Integriertes Stadtentwicklungskonzept*, kurz ISEK, diese Abkürzung wird lediglich zur besseren Lesbarkeit im folgenden Text verwendet)

Begründung:

Die gemeindliche Entwicklung muss diversen Herausforderungen begegnen. Neben den Anforderungen, die sich aus der Lage am Rande der Metropolregion Hamburg ergeben, sind an die Gemeinde HU spezifische Herausforderungen durch die Entwicklungen der Demografie (massive Änderung der Altersverteilung) und anderer Aspekte (Verkehr, Gewerbeansiedlung, Sportstätten etc.) gestellt.

Es gibt Fragen die neu oder weiterhin anstehen, wie z.B.:

1. Was werden die Auswirkungen der Demografie konkret sein?
2. Wohnflächen, gibt es Bedarf? Soll möglicher Bedarf im Innenbereich oder ggf. „auf der grünen Wiese“ gedeckt werden?
3. Gewerbeflächen, welche Flächen stehen zur Verfügung? Welche müssen ggf. erweitert werden? Gibt es Gewerbearten die nicht attraktiv sind?

Bürger Für Bürger

wählergemeinschaft
henstedt - ulzburg

4. Verkehrssituation, wie sollen die Vorschläge des Verkehrsstrukturkonzeptes umgesetzt werden?
5. Sportstätten, Sportförderung / Leistungszentrum? Bedarf? Wenn ja, wo und wie?
6. usw.

Aus Sicht der BFB ist zurzeit nicht erkennbar, wie die Klärung bzw. sachorientierte Beantwortung (durch Planung) der vorgenannten Fragen mittelfristig erfolgen soll.

Einerseits sieht die BFB, dass die Verwaltung der Gemeinde HU im zuständigen Fachbereich deutlich über die Grenzen Ihrer Kapazität arbeitet und bei bereits bestehenden Grundlagenuntersuchungen (z.B. zum Verkehr) die weitere Betreuung angesichts der hohen Personalauslastung nur langsam erfolgen kann.

Andererseits sieht die BFB, dass die grundsätzlich guten und transparenten Verfahrensschritte der Bauleitplanung nach BauGB in der Bürgerschaft nur in Teilen bekannt sind, angenommen oder zur eigenen Mitwirkung genutzt werden. In besonderer Form hat sich dieser Umstand bei der Befassung mit dem B-Plan 96 (Pinnauwiesen) gezeigt. Der dazu jüngst durchgeführte Bürgerentscheid kann durchaus unterschiedlich bewertet werden.

Aber, unabhängig von individuellen Bewertungen des Bürgerentscheides muss man doch folgendes feststellen:

- 29,5% der stimmberechtigten Henstedt-Ulzbürger haben am Bürgerentscheid teilgenommen
- Davon votierten rd. 80% mit Ja (im Sinne der Bürgerinitiative) und rd. 20% mit Nein.

Fazit: Von 22.871 stimmberechtigten Bürgern dieser Gemeinde stimmten 5.408 Bürger (23,6% der Stimmberechtigten) im Sinne der Bürgerinitiative. Aber 17.463 Bürger (76,4% der Stimmberechtigten) stimmten dagegen oder beteiligten sich nicht am Bürgerentscheid.

Die BFB stellt fest, dass die Bürger offenbar in maßgeblichen Anteilen das Vertrauen in eine transparente und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Bürger – Kommunalpolitik – Verwaltung bei Themen der Gemeindeentwicklung verloren haben.

Die vorgenannten Aspekte aufgreifend, sieht die BFB in der Durchführung eines Integrierten Ortsentwicklungskonzeptes (ISEK) die Möglichkeit...

1. Vertrauen der Bürger zurück zu gewinnen, durch aktive und transparente Einbindung der Bürgerschaft in die Gemeindeentwicklung,
2. die bestehenden Grundlagenuntersuchungen (z.B. zur Verkehrssituation, zur Lärmsituation, zur Demografie, zum Wohnraum ...) im dann federführenden ISEK-Verfahren zu bündeln, ggf. weiter auszuwerten und bei Bedarf zu ergänzen, so dass dies zeitnah und nicht erst nach Jahren und mit dann ggf. veralteten Ergebnissen passiert,
3. die Gemeindeentwicklung insgesamt auf eine sachorientierte, die Vor- und Nachteile abwägende und belastbare Entscheidungsbasis zu stellen, dabei sollte das Ziel sein, dass die Ergebnisse des ISEK in die weitere Bauleitplanung (Anpassung F-Plan, Erarbeitung / Änderung B-Pläne) eingehen,

4. die Verwaltung zu entlasten. Die Vorbereitung und Durchführung eines ISEK kann von der Verwaltung nur gesteuert aber nicht inhaltlich betreut werden. Dazu ist sicher über 1 bis 2 Jahre externe Unterstützung durch ein Fachbüro erforderlich, ...
5. die Arbeit der Kommunalpolitik zu fokussieren auf die dann im breiten Bürgerdialog erarbeiteten Kernthemen.

Die BFB ist der Auffassung, dass in einem ersten Schritt die Verwaltung vergleichbare Integrierte Ortsentwicklungskonzepte identifizieren, die Kosten und Verfahrensabläufe recherchieren und dann in den gemeindlichen Gremien vorstellen sollte.

In einem zweiten Schritt sollte dann, nach Abwägung der Ergebnisse des ersten Schrittes, die konkrete Durchführung, beginnend mit der Vergabe der externen Unterstützung, auf breiter Basis mit den Bürgern angegangen werden. Für die BFB ist es eindeutig, dass ein ISEK nur von einem in diesem Gebiet erfahrenen fachkundigen Büro der Stadt- und Regionalplanung betreut werden kann.

Das ISEK ist vereinfacht ausgedrückt nur eine Methodik. Das ISEK kann bei richtiger Anwendung **das** wesentliche Werkzeug der nachhaltigen Gemeindeentwicklung sein, so wie es bereits in vielen anderen Kommunen bundesweit praktiziert wurde. Ein Leitmotto dazu könnte sein: „Wie wünschen wir uns HU im Jahre 2030“?

Seitens der BFB liegen zu Integrierten Ortsentwicklungskonzepten umfangreiche Informationen vor, die hier gerne zur weiteren Befassung der Mitglieder des U+P-Ausschusses und der GV auszugswise genannt werden sollen.

1. Information des zuständigen Bundesministeriums BMUB:
 - a. Homepage:
http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/AktiveStadtUndOrtsteilzentren/Programm/Instrumente/IntegrierteAnsaetze/integrierteAnsaetze_node.html
 - b. Arbeitshilfe für Kommunen:
http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/SharedDocs/Publikationen/StBauF/Arbeitshilfe_ISEK.html?nn=763666
2. Informationen vergleichbarer Kommunen:

Hier sticht aus unserer Sicht das ISEK aus Buchholz hervor, da es eine Kommune betrifft in ähnlicher Entwicklung und Lage in der Metropolregion Hamburg. Siehe

 - a. Homepage:
<http://www.buchholz-zukunft-gestalten.de/>
 - b. Endbericht:
<http://www.buchholz-zukunft-gestalten.de/endbericht/>

Mit freundlichem Gruß

Tile Abel